

Rede im Kreistag am FR 12.11.2021 gehalten von Joachim Hülscher für die AfD-KT-Fraktion GP

Sehr geehrter Herr Landrat, und sehr geehrte Herren Stolz und Haas,

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Kreisverwaltung inclusive Einrichtungen, Betriebe, usw.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor exakt 4 Wochen brachten Sie, Herr Landrat und sie Herr Haas (in Vertretung unseres wieder genesenen Kämmerers Herrn Stolz) den Haushaltsentwurf für 2022 ein. Ruhig und souverän wurde ein Zahlenwerk vorgetragen und begründet. Die Kernzahlen sagen aus: über 345 Mio. Euro beträgt das HH-Volumen, eine Steigerung von bald 10 Mio. Euro zu heuer. Sie Herr Landrat begründen das in vermittelnden Art auch mit den gewaltigen Aufgaben die wir schultern müssen. Hier Ihre Schlagworte: Klimawandel, Naturkatastrophen, Flüchtlingsentwicklung, Lieferengpässe, Wasserstofftechnologieentwicklung. Ja, diese Aufgaben/Herausforderungen/Probleme sind für jeden sichtbar, und wir von der AfD wären die letzten, die sie nicht realisieren würden.

Wir möchten das aber „solitär“ nicht stehen lassen sondern Ihre Ausführungen um einige Auszüge eines Facebook-Eintrags von Prof. Dr. Knut Löschke ergänzen, eine Philippika an unsere Gesellschaft. Unter anderem beklagt er, wie aus der Naturwissenschaft eine Hure der Politik gemacht wird. Und weiter möchte ich ihn wörtlich zitieren: „Ich habe es satt, wenn völlig Übergeschnappte meine deutsche Muttersprache verhunzen und mir glauben beibringen zu müssen, wie ich mainstream-gerecht zu schreiben und zu sprechen habe.“ (Zitatunterbrechung) Denn genau hierzu ein passender Antrag an die Verwaltung von uns, den Gebrauch der sogenannte Gendersprache betreffend. Denn damit sind wir in guter Gesellschaft mit der momentanen Justiz- und Familienministerin der SPD Frau Lambrecht, die sich auch letzters gegen die Genderei wandte. Weiter kommentiert Prof. Löschke: „Ich möchte, dass in meinem Land die Menschen ... wertgeschätzt und unterstützt werden, die täglich mit ihrer fleißigen, produktiven und wertschöpfenden Arbeit den Reichtum für die gesamten Gesellschaft hervorbringen: die Mitarbeiter in den Unternehmen, die Handwerker, die Freiberufler, die vielen engagierten und sozial handelnden Unternehmer der kleinen und mittelständischen Wirtschaft. Ich möchte, dass die Lehrer unserer Kinder, (unsere Sicherheitskräfte, von uns ergänzt) die Ärzte und Pfleger unserer Kranken und Hilfsbedürftigen die Anerkennung erhalten, die sie täglich verdienen. Ich möchte dass sich die Jungen und Ungestümen in den wohlgesetzten Grenzen unseres Rechtsraumes austoben aber sich auch vor ihren Eltern und Großeltern, vor den Alten und Erfahrenen verneigen, weil sie die Erschaffer ihres Wohlstandes und ihrer Freiheit sind.“ (Ende Zitat).

Und noch zu einem weiteren Thema regen uns die Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Löschke an: wir alle erinnern uns der Flutkatastrophen dieses Sommers in NRW und Rheinland-Pfalz. Sofort war wieder der Schuldige von selbst ernannten Experten ausgemacht: die Klimakatastrophe war einmal

mehr schuld. So wie schon bei den verheerenden Hochwasserereignissen an Elbe und Donau in 2002 und nochmals 2013. Unterstellt wurde viel, nur: keiner machte sich die Mühe (oder wollte es auch nicht weil sonst das ideologische Kartenhaus zusammen brechen würde) die alten eingetragenen Hochwassermarken aus z. B. 1342, 1501, 1787 anzuschauen. Die waren zum Teil noch höher. Und was ziehen die politisch Verantwortlichen heuer in NRW und Rheinland-Pfalz für Konsequenzen: fast keine! Ein Blick ins Ahrtal genügt, viel zu viele nahe dem Flussbett liegende Bauflächen dürfen wieder bebaut werden, wie 2002 in Sachsen auch, wo dann endlich nach 2013 (nach dem zweiten Hochwasser) ein Bauverbot bzw. Wiederaufbauverbot im historischen Flussbett- und Überschwemmungsbereich ausgesprochen wurde. Das ist doch keine Klima- sondern eine klare Politikatastrophe.

Meine Damen und Herren Kollegen, zurück zu unserem Haushalt. Lassen wir uns von dessen Zahlen leiten werden uns unsere Zukunftsaufgaben leichter fallen, denn unsere Haushaltslage 2022 ist ja nicht schlecht. In Anbetracht meiner Redezeit und der Tatsache, dass vor mir schon die Kolleginnen und Kollegen Sie mit Zahlen „überhäuft“ haben hier nur nochmals besonders wichtige Zahlen genannt: der HH für 2022 hat ein Volumen von bald 345 Millionen, was wichtig ist er hat eine Unterdeckung von bald 12 Millionen. Und der Kämmerer benennt auch noch ein zusätzliches Risiko von ca. 8 bis 12 Millionen. Dem stehen aber Rekordinvestitionen von 161 Millionen gegenüber, davon allein in den Klinikneubau 110 Millionen. Damit steigt aber auch die Kredithöhe, sie wird sich nach Voraussage der Kämmerei in 2022 auf 147 Millionen belaufen. Diese Zahlen sind nicht beunruhigend, aber andere Aussagen lassen uns jedes Jahr erschrecken: die Steuerkraftsumme ist mit ca. 2,5% erschreckend gering, im Vergleich zu einem Landesdurchschnitt von 7%. Und das wird besonders sichtbar, wenn man weiß, dass damit der Landkreis Göppingen auf dem 40ten Platz bei 44 Stadt- und Landkrisen in BW liegt. Das heißt glockenklar: wir benötigen viele investitionsbereite Unternehmen der Zukunftstechnologien. Nur woher sollen die kommen?

Denn wie stellt sich im Moment die Situation im Bund, aber besonders in unserem Baden-Württemberg dar? Unsere klassischen hochwertigen Industriesparten Automobilbau, Maschinenbau, Elektroindustrie (Namen gefällig: Daimler, Porsche, Bosch, usw.) werden staatlich und durch Brüssel verordnet systematisch in ihrem Ist-Zustand kritisiert und gegängelt, ja behindert. Den Schlagworten CO₂-Ausstoß, Klimaneutralität, Bewahrung der Schöpfung (ich könnte ewig weiter machen) wird alles untergeordnet und unsere Weltmarktführer die für unser Wohlergehen, unseren Wohlstand, unsere Steuerkraft (und damit auch z. B. für die Verköstigung von Asylforderern) sorgen sind Ideologen und den ihnen nachtrabenden Politlämmern keines Einsatzes würdig. Sonst würden nicht utopische Forderungen nach unerfüllbaren und oftmals unsinnigen Energieeinsparforderungen herunter gebetet und als Ersatzreligion eingefordert.

Lassen Sie mich aber dann doch nochmals auf einige Zahlen zu sprechen kommen: wie schon heuer soll die Kreisumlage wieder 32,5% betragen, Vielleicht ist da im Prozentbereich noch etwas Luft? Sicher ist jedenfalls, dass die Sozialausgaben durch Gesetzeslage fast, ich betone fast vorgegeben sind, die Personalkosten mit ca. 57 Millionen im Vergleich zu anderen Kreisen moderat sind, die Ausgaben für den Gesundheitsbereich auch mit Blick auf Corona keinen Spielraum bieten. Für uns bietet sich an, den Sozialbereich nochmals zu durchforsten, ist wirklich jede Ausgabe für Asylforderer notwendig?

Noch ein Wort zum Thema Asylforderer: war es 2016 das kleine Mazedonien das die Überschwemmung von Millionen Kulturfremder in die Bundesrepublik stoppte so sind es heute die

tapferen Polen, die an der Grenze zu Weißrussland durch Stacheldrahtverhaue dafür sorgen, dass nicht wieder Scharen Kulturfremder in die Bundesrepublik strömen.

Aber zurück zu unserem Haushaltsentwurf: ein vertiefter Blick auf die Freiwilligkeitsleistungen (26 Millionen für 2022) wäre auch angebracht.

Die Ansätze für Gebäudeunterhaltung (5,2 Mio.) und Straßenunterhalt (2,2 Mio.) müssen wie immer als zu niedrig bezeichnet werden, da wäre über mehrere Jahre eine ordentliche Erhöhung angebracht – oder gibt dazu eine Gegenmeinung? Aber woher nehmen?

Denn wir haben für die nächsten Jahre eine langfristig nicht so eingeplante Pflichtaufgabe: die immensen Defizitabdeckungen für die Alb-Fils-Kliniken. Das sind erkennbar für 2022 ca. 11,9 Millionen, nach 4,5 Millionen heuer. Und auch in den Folgejahren werden wir keine Defizitreduzierung erwarten können. Wir machen unseren beiden engagierten Klinikgeschäftsführern keine Vorwürfe, denn Corona (auch dazu von uns ein Antrag), Fachkräftemangel und schärfere Vorgaben der Gesetzgebung fordern ihren Tribut. Bedauerlich, dass diese massiven Defizite gerade jetzt kommen, denn sie werden von den Kritikern des Klinikumstrukturierungsprozesses bei ihren „Argumentationen“ missbraucht. Und damit sind wir bei einem der wichtigsten Entscheidungen die wir als Kreisräte heuer getroffen haben. Die komplette Umstrukturierung unserer Kliniklandschaft. Und aus der zeitlichen Distanz betrachtet sage ich nochmals – sie war zwingend und richtig. Die Vorfeldquerschüsse und Nachgefechtsdiskussionen habe kein nachvollziehbares Argument für den Erhalt des Istzustands der Helfensteinklinik gebracht. Und beim gemeinsamen Arbeitstreff mit vielen Kreistagskollegen am 24.09.2021 kamen von den Kollegen aus dem Oberen Filstal keine grundsätzlichen Fakten oder Argumente, die eine Benachteiligung des Raums Geislingen erkennen lassen. Und an die 9 Gemeinden im oberen Filstal gewandt, die sich mit Kreiswechselgedanken tragen sei zugerufen: auch ein anderer Landkreis hätte die Helfensteinklinik so nicht weiterbetrieben.

Nein, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen: vielmehr sollten wir alle, von Ebersbach bis Böhmenkirch und Bad Dietzenbach uns zu unserem Landkreis bekennen (dazu im Detail einige Anträge von uns). Ich war 15 Jahre alleiniger Regionalrat der FW für unseren Kreis, jetzt seit mehr als 2 Jahren für die AfD. In diesen 17 Jahren achtet man darauf, dass der GANZE Landkreis gleich behandelt wird, von außen wie von innen (auch dazu ein Antrag/eine Anfrage statistischen Inhalts von uns). Und wie sehr sich der Landkreis diesem Gleichbehandlungsgebot in der Pflicht sieht ist auch daran erkennbar, dass für das gesamte Helfensteinareal ein zukunftsfähiges, realisierbares Gesamtkonzept im Wege eines Wettbewerbs erarbeitet werden soll, um ganz Geislingen weiter auch medizinisch fit zu halten und zu machen. (Und um die Kreisidentität weiter zu fördern stellen wir zu diesem Thema weitere Anträge: u. a. wie schon erfolgreich in anderen Kreisen und Regionen sollte die Einführung einer Regionalwährung geprüft werden.) Und wir sollten das als eines unserer Kreisziele genannte Bürgerschaftsbeteiligungskonzept verstärkt zukünftig nutzen.

Wir stärken damit den regionalen Gedanken, müssen aber beim Blick in unsere wirtschaftliche Zukunft erschrecken (dazu auf unseren Kreis bezogen auch einige Anträge). Durch die „Klimaschutzpolitik“ aus Brüssel und Berlin wird unser Ländle mit seiner hoch entwickelten Struktur im Bereich Maschinen- und Automobilindustrie massiv geschädigt (ich hatte es schon angesprochen), erste Entlassungen und Firmenschließungen lassen grüßen. Eine Kernfrage ist: wie sieht es mit der Bereitstellung notwendiger Energie in Baden-Württemberg, ja in der ganzen BR Deutschland aus? Die Energiepolitik ist total gescheitert. Wie viele Windkraftanlagen wurden denn heuer realisiert (hierzu gibt es einen speziellen Antrag/eine spezielle Anfrage zu einem Projekt im Kreis von uns), und sind sie

wirklich so umweltschonend? Die max. Nutzungszeit eines Rotors beläuft sich auf ca. 20 Jahre, in dieser Zeit produziert er Tonnen geschredderter seltener Vögel; Tonnen Kies-, Wasser- und Stahlverbrauch werden für die Fundamente benötigt. Die Erstellung von Erschließungsstraßen zu den Anlagen verbaut Grünflächen oder vernichtet Wald. Bitte doch auch da einmal eine ehrliche Ergebnisbetrachtung mit CO2 Bilanz! Mit Berücksichtigung der Bautransporte.

Es wäre an dieser Stelle sinnvoll, sich der Frage zuzuwenden, ob nicht doch die Atomkraft eine ideale Übergangstechnologie ist. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass es eine Bundeskanzlerin war, die promovierte Physikerin sich nennt, die im Jahr 2011 den Atomausstieg verfügte kommen einem bezüglich deren Fachwissens doch Zweifel. Und es stellt sich die Frage: hat die Dame vielleicht doch mehr Marxismus-Leninismus als Physik studiert. Denn das Ergebnis ihrer „Ausstiegsverfügung“ ist - wir kaufen Atomstrom aus Wallonien, Frankreich und der Tschechei. Und müssen trotzdem mit einem Zusammenbruch der Strom-, ja der gesamten Energieversorgung rechnen. Bei Strom zockt die Bundesregierung uns Bürger maßlos ab, hier sei die EEG-Umlage genannt, dann die immensen Steuern auf Diesel und Benzin – und eine Energieversorgungsstrategie hatten, haben und werden unsere Bundesregierungen nie haben, denn dazu bedürfte es Kenntnisse der Geostrategie, und dieses Wissen sucht man vergebens in unserem Land seit langer Zeit - weil diese Ideologie angeblich böse ist. Da sollten unsere Politakteure schnell nach China in die Lehre gehen. Die Volksrepublik China (moralisch denkt wohl keiner hier positiv über diese kommunistische Volksrepublik) zeigt aber, wie man sich Märkte, Rohstoffe, Standorte, Transportwege langfristig sichern muss um in keine Abhängigkeit zu geraten. Waren wir bis zum Mauerfall in Westdeutschland in der totalen Abhängigkeit der US-Amerikaner und in der DDR in der der Sowjetunion so sind wir heute von allen und jedem abhängig und leicht erpressbar. Das gilt nicht nur auf der politischen Bühne sondern für jeden spürbar in der Bereitstellung von Gütern des täglichen Bedarfs. Beispiele gefällig? Fahrräder und Ersatzteile, Medikamente, Pappe, Weihnachtsgeschenke, usw. - ich höre mit der traurigen Listung auf. Sie wissen genau was ich meine. Und der Versuch z. B. der einseitigen Energieabhängigkeit ansatzweise zu entgehen, indem man sich auch die Russische Energie sichert wird politisch gezielt hintertrieben. Ich spreche hier vom Projekt North Stream two. Wenn es hier nach Frau Baerbock ging, wäre es die teuerste Industriearne aller Zeiten, die der deutsche Steuerzahler zu begleichen hätte.

Nochmals einen Blick zurück in unseren Landkreis und unsere alltägliche wiederholten Forderungen im Sektor Hochtechnologie. Wir fordern zum wiederholten Male eine Gewerbeflächenoffensive, auch unter Berücksichtigung von Gewerbebrachen (und mahnen damit einen unserer vielen Altanträge an, die noch nicht erledigt wurden). Wir mahnen an die Verbesserung der kommunikativen Infrastruktur -Thema Glasfasernetz, bei diesem Thema spielen wir in der unteren Europoliga. Wir nehmen erfreut z. K. – wir sind seit bald einem Jahr im VVS, und leben die Vorteile, und der Metropolexpress fährt auch. Und wir sind sehr gespannt auf das Ergebnis des Gutachtens zum Thema Boller Bahn.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute neben den HH-Reden noch einen eminent wichtigen Punkt zu entscheiden: die neuen Müllgebühren ab 01.01.2022 und die notwendige neue Satzung: wie schon mehrmals angekündigt kann die AfD-Fraktion diese neuen Gebühren nicht mittragen (aber gerade deswegen müssen wir dazu Anträge stellen). Denn es wird verkündet, wer Müll reduziert spart Gebühren, und tut etwas Gutes für unsere Umwelt. Wie die Realität aussieht an einem Beispiel: bisher zahlt ein 4 Personenhaushalt für 13 Leerungen pro Jahr seiner 120l-Tonne 146,40€, ab 2022 für eine 60l-Tonne bei 13 Leerungen (wobei er für 15 Leerungen vor auszahlen muss) 139,90€, also bei 50% Leistungsreduzierung eine schlappe

Gebührenreduzierung von 4,6%. Bei anderen Beispielen sähe es für unsere Bürger nicht besser aus. Da wir aber jetzt schon annehmen, dass die Mehrheit dieses Gremiums dieser Gebührenerhöhung zustimmt bringen wir zum Thema Müll u. a. den Antrag ein, das gesamte Gebührensystem in einem Jahr zu evaluieren. Daneben bringen wir, dass sei jetzt schon angekündigt, zum heutigen TOP Müllgebührensatzung einen Antrag (das ist jetzt kein HH-Antrag) ein, der in der neuen Satzung unter § 22 die Haftung der Wohnungseigentümer für die Gebührenschulden der Mieter ausschließen soll. Wenigstens der Antrag sollte für die bürgerlichen Fraktionen zustimmungsfähig sein, nachdem auch „Haus und Grund“ das gleiche Ansinnen wie wir hat.

Bevor ich zum Schluss komme doch noch einen Verweis auf die Bundespolitik: die momentane politische Gesamtlage lässt eine SPD-B90/Gr.-FDP-Regierung erwarten. Über eine Wertung im Vorhinein halten wir uns selbstverständlich zurück, ob aber die FDP die bürgerliche Mehrheit im Bundestag (CDU, FDP, AfD) in der Regierung abbilden wird muss bezweifelt werden. Das werden die Verhandlungen ergeben die wir gespannt beobachten, ebenso ob nach der Fehlbesetzung Heiko Maas im AA nun eine Person dorthin befördert wird, die ihren Lebenslauf zurückhaltend formuliert schönte – ein Kriterium das bei einer Bewerbung in der Wirtschaft sofort zum Ausschluss aus dem Bewerberverfahren geführt hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren: die AfD-Fraktion unterstützt selbstverständlich alle Projekte, die unseren Bürgerinnen und Bürgern im Kreis nützen und uns voranbringen. Wir werden die Haushaltsberatungen kritisch und fair begleiten, was wir im Umkehrschluss auch uns gegenüber erwarten. Zum Schluss meiner Ausführungen sagte ich natürlich ganz herzlichen Dank im Namen meiner AfD-Kreistagsfraktion an die gesamte Kreisverwaltung für die Vorbereitung und Erstellung des Haushaltsentwurfs für 2022. Ich danke Ihnen!